

21. November 2006
20:33 MEZ

Gesinnungsethische Illusionen

Putin und die EU (III) - ein **Kommentar der anderen** von Gerhard Mangott

Entgegnungen - wie jene von Ulrike Lunacek ("Menschenrechte, gemütlich beim Kaffee", 21. 11.) - benennen manchmal Irrtümer, die derjenige, dem es zu erwidern galt, gar nicht begangen hat. In meinem tags davor publizierten Kommentar zum Verhältnis der EU gegenüber Russland im Zusammenhang mit Putins Energiepolitik wende ich mich keineswegs gegen eine aktive Menschenrechtspolitik der EU, sondern fordere sie geradezu; mein Kommentar hat aber versucht zu erklären, warum es strategisch fahrlässig ist, die Energiepolitik, die vitale Interessen der EU berührt, in Geiselhaft einer aktivistischen politischen Konditionalität zu nehmen. Das Ergebnis einer solchen Strategie wären nämlich äußerst beschränkte Korrektur- und Einwirkungsmöglichkeiten auf die russische Lebenswirklichkeit, verbunden mit einer existentiellen Beeinträchtigung der Energieversorgungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten der EU.

Dies erklärt sich dadurch, dass die russische Führung um Putin sich gegen jegliche Kritik von außen verwehrt und zynisch gelassen bleibt. Dies wird natürlich auch dadurch ermöglicht, dass die staatliche Knebelung russischer Medien dem Regime die Informationshoheit gegenüber der eigenen Bevölkerung garantiert; zugleich aber gilt es resignativ anzumerken, dass außerhalb großstädtischer, liberal denkender Nischensegmente Putins autoritärer Polizeistaat von der russischen Bevölkerung akzeptiert wird: Die Mehrheit der Bevölkerung fordert nicht demokratische Mitbestimmungsrechte, sondern wünscht sich Stabilität, bescheidene Wohlstandsmehrung und zivile Lebensperspektiven - Erwartungen, die Putin bislang befriedigen konnte.

So legitim und notwendig EU-Kritik an der russischen Herrschaftsordnung auch ist - sie muss zur Kenntnis nehmen, dass sie von einer Mehrheit der Bürger/innen des Landes mit Skepsis aufgenommen wird. Die Glaubwürdigkeit westlicher Akteure ist innerhalb der russischen Bevölkerung gering - nicht zuletzt deshalb, weil diese in den Neunzigerjahren vielfach jene politische Elite bedingungslos unterstützten, die aus Sicht der Bevölkerung für politische Grabenkämpfe, Korruption, ökonomischen Zusammenbruch und soziale Verwahrlosung verantwortlich sind.

Bescheiden bleiben

Westliche Menschenrechtspolitik muss daher bescheiden bleiben; sie muss mit einer russischen Graswurzelbewegung zusammenarbeiten, die wohl noch viele Jahre brauchen wird, bis sie tatsächlich imstande ist, Druck auf das Kreml-Regime auszuüben.

Die Russlandpolitik der EU sollte daher auf reflexhafte gesinnungsethische Illusionen verzichten, aber verantwortungsethisch Russland mit Kritik begegnen.

Selbstgerechte Empörung, die vor allem die eigene Klientel bedienen soll, ändert weder russische Lebenswirklichkeiten, noch lässt sie die Interessen unserer Bevölkerungen auf gesicherte Energieversorgung zu sozial nicht diskriminieren Preisen unberührt. Staatskunst besteht darin, das Notwendige zu tun, das Mögliche zu wollen und über das Wünschenswerte das Zwingende nicht zu vergessen.

* * * * *

Der Autor ist Professor für Internationale Politik an der Uni Innsbruck. (DER STANDARD, Printausgabe, 22.11.2006)

© 2006 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.
Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.